

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

Wie schön, dass Ihr an diesem 3. Jahrestag des gewonnenen Bürgerentscheids alle hier seid. Ca 2.000 von uns sollen hier sein, die heute gegen die Vermarktung aller Lebensbereiche protestieren.

Beim nächsten Mal müsst Ihr alle noch einen oder zwei Freunde mitbringen.

Denn wir müssen zeigen, dass wir keine Ruhe geben werden! Wir haben das Recht, uns zu wehren!

- **Wir verlangen offenen Zugang zum Spreeufer für alle.**
- **Die Politik des Liegenschaftsfonds muss geändert werden.**

**Nicht Vermarktung soll das Ziel sein, sondern wir: unsere Lebensqualität!
Wir fordern endlich mutige Schritte im Kampf gegen explodierende Mieten – von der Politik.**

Das Handlungskoma gegen Mietwucher muss ein Ende haben!

Was haltet Ihr von den Aussagen in Zeitungen und von der Politik, Berlin habe vergleichsweise niedrige Lebenshaltungskosten?

**Habt Ihr das hohe Durchschnittseinkommen, von dem immer die Rede ist?
Habt Ihr am Monatsende Geld übrig?**

Nein!

Berlin ist ja auch eine arme Stadt, in der viele mit wenig Einkommen leben *wollen* – aber auch leben *müssen*.

Herr Bürgermeister, Frau Bausenatorin, das hat Gründe, die Ihr verschweigen wollt.

Wir kennen die Ursachen und benennen sie auch.

Kürzen, Sparen, Streichen beim öffentlichen Dienst, bei der BVG, bei der S-Bahn. Überall wird am Lohn gespart! Kostensenkung nennt man das.

Das alles geht auf unsere Kosten, besonders der Jugend.

**Deutschland ist Exportweltmeister durch Lohndumping – das Geld bekommen die Banken und Konzerne.
Sie eignen sich alles an.**

**Privatisiert wurde auch in Berlin alles, was wir zum Leben brauchen:
die Gasag, die BEWAG, die Wasserbetriebe, die Wohnungsbaugesellschaften.**

Die GSW mit 80.000 Wohnungen haben die Regierenden von LINKE und SPD an den Höllenhund Cerberus verkauft.

Wir haben es satt, dass seitdem Sarrazin seine Vergleichstabellen ausgepackt hat, immer die gleichen – aber falschen Vergleichsparameter – gezogen werden.

Statt Warmmietkosten werden Kaltmieten verglichen.

Falsche Annahmen – auf Basis der Kaltmieten – verfälschen bewusst den Vergleich mit Großstädten wie Hamburg und München.

Der Senat will von seiner falschen Privatisierungspolitik ablenken, deshalb vergleicht er nur die Nettokaltmieten.

Damit vergleicht er Äpfel mit Birnen.

Denn wir müssen natürlich Kaltmiete plus steigende Betriebskosten bezahlen – und die steigen ständig, um die Gewinne der Privaten zu garantieren.

Die Privatisierungen von Gas, Wasser und Strom wurde angeblich gemacht, um die Jugend nicht mit Schulden zu belasten – in Wahrheit wachsen die Schulden durch diese Politik. Die Gebühren steigen zusätzlich!

Die Banken und Reichen decken sich in Berlin mit Objekten ein – auch mit Wohnungen.

Sie flüchten wegen der Euro-Krise in echte Werte: unsere Lebensgrundlagen.

Sie wollen Objekte mit Wertsteigerungspotential. Und was macht die Berliner Regierung? Sie lädt zum Einkaufen ein und feiert das als Erfolg!

Davon soll abgelenkt werden, wenn sie uns Honig um den Bart schmieren, in welcher toller Stadt wir leben – mit uns als buntem Zubehör!

Berlin verstehen heißt:

Entscheidend für uns sind die Bruttowarmmieten: die müssen wir bezahlen, und zwar von niedrigerem Einkommen, als in München und Hamburg! Dort gibt es kaum noch Leute mit weniger Geld in der Innenstadt. Die wurden verdrängt! Wir wollen nicht, dass es in Berlin auch so wird. Und deshalb sind wir hier!

Wir können auch schnell ganz viel mehr werden. Das hat sich gezeigt beim Wasservolksbegehren: 666.000 Berlinerinnen und Berliner haben dem rot-roten Senat die rote Karte gezeigt.

Wir alle zusammen, die Berlinerinnen und Berliner, haben das Wasservolksbegehren gewonnen!

Und was macht der Senat? Wirtschaftsminister Wolf verhandelt gerade mit RWE über den Rückkauf von 25% der Anteile, aber zu einem hohen Preis. Er selbst hat die Preistreiberei zugelassen, sogar befördert. RWE und Veolia verdienen täglich an uns! Seit der Privatisierung zahlen wir 35% mehr für unser Wasser.

- **Wir vom Berliner Wassertisch wollen, dass die skandalösen Verträge angefochten werden.**
- **Wir wollen nicht, dass den Konzernen noch mehr unseres Geldes in den Rachen gestopft wird.**
- **Wir wollen, dass der Senat tut, was die Bürgerinnen und Bürger verlangen!**

„DAS IST UNSERE STADT“